

Fokus

Gefangen im Gasnetz

Tribüne Mit Vollgas in die nukleare Sackgasse
Output Fünf Jahre Energiestrategie – wo stehen wir?

Raus. Aber richtig.

Wir können nicht die Welt verändern,
aber in unserem Umfeld wirken.



Valentin Schmidt
Leiter Kommunikation

Liebe Leserinnen und Leser

Ich bin Teil der Generation X, die bis vor kurzem ein ziemlich unbeschwertes Leben führen durfte. Wir profitierten vom grenzenlosen Aufschwung, den die fossile Weltwirtschaft mit sich brachte. Mit dem Mauerfall 1989, damals in der Primarschule, traten wohl erstmals – und nur halbbewusst – grosse gesellschaftspolitische Umwälzungen in unser Leben. Mit den Migrant:innen aus dem Balkan, die in den 90er-Jahren unsere Schulgefährten wurden, kam ein Krieg erstmals in unsere Nähe. Unsere Sorgen beschränkten sich aber eher auf die Frage, welche Ausbildung und welchen Beruf wir wählen, was wir allgemein aus unserem Leben machen wollten. Echte wirtschaftliche Not, Krisen, geschweige denn Krieg haben wir nie erlebt. Und da stehen wir nun, fassungslos und durchgeschüttelt aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre: die Klimakrise,

die Coronapandemie und jetzt der Angriff auf die Ukraine.

Wir können nicht die Welt verändern. Aber wir können in unserem Umfeld für Veränderung kämpfen. Die Losung der Stunde lautet: Raus. Aber richtig. Wie es auch eine Schweizer Outdoormarke propagiert. Nur muss dies heute für die fossilen und nuklearen Energieträger gelten, durch deren Import die Schweiz mitunter auch kriegstreibende Regimes finanziell unterstützt. Dafür setzt sich die SES mit aller Kraft auf politischer Ebene ein. Anstehende Vorlagen wie das Bundesgesetz für eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien, die neuerliche Revision des CO-Gesetzes oder die Gletscher-Initiative sind die aktuellen Hebel dazu. Hier wird die SES klare Antworten auf die Wirren unserer Zeit einfordern. Hintergründe – etwa zum Dilemma mit dem Schweizer Gasnetz und den Klimazielen – lesen Sie in dieser Ausgabe von Energie & Umwelt.

Impressum
Energie & Umwelt
Nr. 2/2022

Herausgeberin
Schweizerische
Energie-Stiftung SES
Sihlquai 67,
8005 Zürich,
044 275 21 21,
energiestiftung.ch

Spendenkonto
80-3230-3,
IBAN-Nr. CH69 0900
0000 8000 3230 3

Produktionsleitung
Valentin Schmidt

Redaktion
Simon Banholzer **SB**
Nils Epprecht **NE**
Léonore Hälg **LH**
Katja Jent **KJ**
Fabian Lüscher **FL**
Felix Nipkow **FN**
Valentin Schmidt **vs**
Verena Schneider **VES**

Korrektorat: Text
Control AG, Zürich
Gestaltung: dna.work
Illustration Titelseite:
fischerdesign.ch
Druck: Ropress, Zürich
(klimaneutral und mit
Ökostrom gedruckt)
Papier: Refutura blauer
Engel FSC Recycling
Auflage: 9351 Ex.,
erscheint 4x jährlich

Abdruck mit Einholung
einer Genehmigung
und unter Quellen-
angabe und Zusendung
eines Belegexemplars
an die Redaktion er-
wünscht. E&U-Artikel
von externen Auto-
rinnen können und
dürfen von der SES-
Meinung abweichen.

Panorama



Kanada wäscht AKW nicht grün

Anders als die EU schliesst die kanadische Regierung die Atomindustrie in ihrem neuen Regelwerk für nachhaltige Investitionen aus. Ausgerechnet Kanada, das fast 15 Prozent seines Stroms mit AKW erzeugt und als zweitgrösster Uranproduzent der Welt von der Atomindustrie profitiert. Der Entscheid kam gegen den Widerstand der Atomindustrie zustande. Die Regierung betonte, dass der Ausschluss der Atomenergie im Einklang mit der Politik praktisch aller grossen Emittenten grüner Anleihen stehe. Die EU-Taxonomie bleibt damit eine Ausnahme, die die Regel bestätigt: Investitionen in AKW sind nicht nachhaltig. **FL**

Wind und Sonne legen am meisten zu

Im globalen Strommix haben Wind- und Sonnenenergie letztes Jahr erstmals die 10-Prozent-Marke überschritten. Dies vermeldet der unabhängige Think-Tank Ember in der «Global Electricity Review 2022». Die beiden Energieträger sind zurzeit die am schnellsten wachsenden Energieträger weltweit. Aufgrund der hohen Gaspreise erlebt jedoch auch die Kohle ein unrühmliches Comeback, das durch den Ukraine-Krieg weiter befeuert werden könnte. Umso wichtiger, dass das Tempo beim Ausbau der Erneuerbaren weiter forciert wird und die Klimaziele nicht in weite Ferne rücken. **vs**

Die Schweiz verfehlt ihre Klimaziele

Gemäss CO₂-Gesetz hätten die Treibhausgasemissionen der Schweiz zwischen 1990 und 2020 um 20 Prozent sinken sollen. Das Ziel wurde trotz Corona-Effekt und warmem Winter knapp verfehlt. Das ist peinlich, weil das Ziel alles andere als ambitioniert war. Aus klimawissenschaftlicher Sicht ist klar, dass das Tempo bei der Reduktion der Emissionen rasch zunehmen muss. Übrigens: Der internationale Flugverkehr ist dabei noch nicht mal berücksichtigt. Er verursachte 2019 satte 28 Prozent der Klimawirkung, mehr als der Strassenverkehr. Nach dem pandemiebedingten Einbruch 2020 wird sein Einfluss wieder zunehmen. **FN**

Bilder: Ali Tawfiq, Matt Palmer, Thomas Egli



Der Weltklimarat läutet die Alarmglocken

Als eine «Litanei der gebrochenen Klimaversprechen» bezeichnete UN-Generalsekretär António Guterres den Anfang April publizierten dritten Teilbericht des Weltklimarates (IPCC) zum sechsten Weltklimabericht. Dieser zeichnet ein sehr düsteres Bild, was den Stand der Umsetzung anbelangt. Schreitet die Energiewende nicht schneller voran, wird die Begrenzung der Klimaerhitzung auf unter 1,5 Grad schwierig. Erstmals adressiert der Bericht auch die wichtige Rolle individueller Verhaltensänderungen: Suffizienz ist ein Thema, das auch die SES auf die politische Agenda setzen will. **vs**

Steckerziehen mit economiesuisse



Sie haben es tatsächlich getan. Die Leute von economiesuisse haben kürzlich ihre Lösungen für die Stromversorgung präsentiert: keine Finanzierung für Erneuerbare mehr, dafür Subventionen für alte AKW. Aber der Markt soll es richten. Das ist selbst für die ehemals liberale economiesuisse mutig. Millionen in eine Technologie stecken, die früher oder später aus sicherheitstechnischen Gründen vom Netz muss, und gleichzeitig den Erneuerbaren-Ersatz verunmöglichen – diesen Plan könnte man auch «Steckerziehen mit economiesuisse» nennen. Dabei würde der Blick nach Frankreich reichen. Am 20. April waren 26 von 56 alten AKW wegen Instandsetzung und Korrosionsproblemen vom Netz. Ein solches Klumpenrisiko führt zu rekordhohen Strompreisen und verordnetem Stromsparen. Das ist das pure Gegenteil von Versorgungssicherheit und guten Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. **SB**

Mit Vollgas in die nukleare Sackgasse

Bei seinem Amtsantritt vor fünf Jahren schien Frankreichs Präsident Emmanuel Macron noch für einen Kurswechsel in der Energiepolitik zu stehen. Jetzt gewinnt er seine Wiederwahl als AKW-Propagandist.



Felix Maise
Ehem. «Tages-Anzeiger»-Redaktor, seit 27 Jahren im Elsass wohnhaft

«Die Zeit der nuklearen Renaissance ist gekommen», verkündete Emmanuel Macron im Februar in der AKW-Turbinenfabrik in Belfort, die der französische Stromgigant EDF soeben auf Geheiss der Regierung vom US-Konzern General Electric zurückgekauft hat, «Frankreich entscheidet sich für Unabhängigkeit und Freiheit.» Das flammende Bekenntnis zur Atomenergie erfolgte rund zwei Monate vor Macrons Wiederwahl. Im Wahlkampf war das Thema Energiepolitik dennoch kaum präsent. Im grossen Feld der Kandidatinnen und Kandidaten hatten sich einzig Yannick Jadot von den Grünen und Linkskandidat Jean-Luc Mélenchon für einen Ausstieg aus der Atomenergie ausgesprochen. Alle anderen sangen das Hohelied der Atomtechnologie, die in Frankreich als klimaschonend und kostengünstig verkauft wird. Marine Le Pen forderte gar die Wiederinbetriebnahme von Fessenheim, bis ihr die EDF erklärte, dass das nach der Abschaltung des Werks kaum mehr möglich sei.

In der Regierung Hollande war der junge Wirtschaftsminister Macron einst als kühler Rechner aufgefallen, der sich vom traditionell nuklear-begeisterten Diskurs der Polit-, Wirtschafts- und Wissenschaftselite des Landes nicht beeindruckt liess, sondern Kosten und Nutzen genau analysierte. Als Präsident kam ihm sein nüchterner Blick angesichts politischer Sachzwänge schnell abhandeln. Das offizielle Ziel, den nationalen Strommix weg von der einseitigen Ausrichtung auf Atomstrom zu bringen, wurde aufs ferne Jahr 2035 verschoben. Beim Ausbau der erneuerbaren



Energien hinkt Frankreich Europa weit hinterher. Erst im April nahm der erste Offshorewindpark den Betrieb auf.

Zwar will Macron künftig auch die Windenergie stärker fördern, doch vor allem setzt er auf den Bau von sechs neuen EPR-Reaktoren. Der erste soll 2035 ans Netz. Für weitere acht gibt es eine Option. Die über 50 laufenden AKW, die alle ans Ende ihrer einst geplanten Lebensdauer von 40 Jahren kommen und zuletzt ausgesprochen pannen anfällig waren, will er zehn Jahre länger laufen lassen. Dazu müssen die meisten gründlich und entsprechend teuer nachgerüstet werden. Das alles kostet viele Milliarden Euro, welche die EDF als Betreiberin schlicht nicht hat. EDF schätzt die Kosten der sechs EPR-Reaktoren – optimistisch wie immer – auf 50 Milliarden Euro. Der erste finanziell und technisch aus dem Ruder gelaufene EPR-Reaktor in Flamanville hat laut dem französischen Rechnungshof bis jetzt 19 Milliarden Euro gekostet und ist zehn Jahre nach dem einst geplanten Betriebsstart noch immer nicht am Netz. Doch der Rechner von einst rechnet nicht mehr.



Präsident Macron hat offenbar das Rechnen aufgegeben.

Bilder: President.gov.ua/wikimedia.org, Klimastreik Schweiz



Aktivist:innen visualisieren eine Nationalbank, die über Leichen geht.

Solarstrom in Hülle und Fülle

Die Energiewende in der Schweiz ist machbar.



Felix Nipkow
Co-Leiter Fachbereich Klima und erneuerbare Energien

Wie viel Strom auf Dächern produziert werden kann, hat das Bundesamt für Energie (BFE) 2018 untersucht: 50 Terawattstunden (TWh) lautet das Resultat. 2020 publizierte die ETH Lausanne einen anderen Wert: 24 TWh (± 9 TWh). Zum Vergleich: 2020 wurden in der Schweiz knapp 60 TWh Strom verbraucht.

Seither wird immer wieder angezweifelt, ob das Solarpotenzial auf Dächern für die Energiewende überhaupt ausreicht. Ungerechtfertigterweise, wie eine Untersuchung des Photovoltaik-Experten Lars Huber nun zeigt. «Selbst vor zehn Jahren wurde bereits anders gebaut, als die EPFL in ihrer Studie von 2020 annimmt. Diese erweckt den Anschein, dass bei deren Erstellung das Photovoltaik-Fachwissen gefehlt hat», schreibt Huber auf seiner Website pv2grid.ch.

Die Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften hat das Potenzial nun neu berechnet und ähnliche Werte wie das BFE erhalten. «Für die weitere energiepolitische Diskussion können wir mit gutem Gewissen von einem Potenzial von rund 50 TWh auf den Hausdächern ausgehen», wird Studienleiter Jürg Rohrer in der «NZZ am Sonntag» zitiert. Lars Huber merkt an, dass in all diesen Erhebungen viele Flächen ausgeschlossen werden, welche in der Realität seit Jahren aktiv verbaut werden. Es gibt also noch Luft nach oben.

Damit wäre diese Frage also geklärt: Das Potenzial ist vorhanden. Sorgen wir jetzt dafür, dass es rasch genutzt wird.

Drehscheibe für eine klimafreundliche Schweiz

Die Klima-Allianz Schweiz vereint seit 2004 zivilgesellschaftliche Organisationen für den Klimaschutz, darunter auch die SES.



Marie-Claire Graf
Klima-Allianz Schweiz

Das Bündnis der über 130 Mitglieder- und Partnerorganisationen setzt sich in der Schweiz für eine ambitionierte, gerechte und zukunftsfähige Klimapolitik ein. Aktuell prüft die Klima-Allianz die

Lancierung einer Volksinitiative für einen klimafreundlichen Finanzplatz. Wir sind überzeugt, dass die Schweiz ihre Finanzaktivitäten mindestens dem Pariser Abkommen angleichen muss, da sie eine zentrale Rolle spielt, um die Transformation zu einer klimafreundlichen Zukunft zu finanzieren. Zudem führt die Klima-Allianz ein Klima-Rating der Schweizer Pensionskassen und setzt sich dafür ein, dass die Schweizer Nationalbank Klimarisiken stärker berücksichtigt.

Ein anderer Hebel für das Erreichen der Klimaziele ist die Gletscher-Initiative. Ihre Forderungen stellen klimapolitisch das absolute Minimum dar. Konkrete Schritte sind dringlich. Daher begrüßen wir, dass sich die Energiekommission des Nationalrats jüngst für einen indirekten Gegenvorschlag ausgesprochen hat, mit dem die Umsetzung viel schneller ginge – auch wenn der Vorschlag noch nicht den Erwartungen entspricht. Sollte die Gletscher-Initiative zur Abstimmung kommen, wird die Klima-Allianz ihre Kräfte bündeln, um den Verein Klimaschutz Schweiz bei der Abstimmungskampagne zu unterstützen.





Fakten auf den Tisch!

Der SES-Klimacast klärt auf.

Rund um die Themen Energiewende und Klimaschutz halten sich hartnäckig Zweifel, Fragen oder Vorurteile, welche zum Teil unwahr oder derart verkürzt sind, dass sie den Tatsachen nicht mehr entsprechen. Die SES gibt Gegensteuer und produziert eine Serie von kurzen Video-clips, in welchen wir gängige Vorurteile aufgreifen und die Fakten erläutern. Die ersten

beiden Episoden mit Léonore Hälj – «Die kleine Schweiz» und «Die Sonne in der Nacht» – sind abgedreht und auf unserer Website und unseren Social-Media-Kanälen verfügbar. Weitere Episoden werden folgen.



→ SES-Klimacast anschauen

Ihre Stimme in der «NZZ»

Tausende forderten zusammen mit der SES mehr Energieunabhängigkeit.

In der letzten Ausgabe von Energie & Umwelt haben wir an dieser Stelle auf unseren offenen Brief für eine echte Energieunabhängigkeit der Schweiz verwiesen. Vor dem Hintergrund der Klimakrise und des Ukraine-Konflikts wollte die SES ein Zeichen zur energiepolitischen Debatte in der Schweiz setzen: Wir müssen den Ausbau der erneuerbaren Energien so rasch als irgend möglich vorantreiben. Nur so stellen wir sicher, dass wir künftig über ausreichend inländischen Strom verfügen, keine Unrechtsregime und Kriege finanzieren und den so dringend nötigen Beitrag fürs Klima leisten. Die Scheindebatte um neue Atomkraftwerke steht hier nur im Weg und kostet wertvolle Zeit. Zeit, die wir nicht haben.

Fast 3000 Personen haben den offenen Brief innert kurzer Zeit unterschrieben und die Aktion mit Spenden unterstützt, sodass dieser am 2. April in der «NZZ» als ganzseitiges Inserat abgedruckt werden konnte. Ein schöner Erfolg, wie wir meinen. Herzlichen Dank an alle Unterstützer:innen!



→ Das Inserat als PDF. Finden Sie Ihren Namen?



NO OIL, NO GAS, NO WAR

Der Krieg in der Ukraine führt uns auf drastische Weise vor Augen, wie eng die Schweiz wirtschaftlich mit dem Kreml verbandelt ist.

Über unser Land werden 75 Prozent des weltweiten Handels mit russischem Rohöl abgewickelt. Zudem bezieht die Schweiz fast die Hälfte ihres Erdgases aus Russland, und auch Uran für unsere AKW wird in Moskau eingekauft – direkt beim Staatskonzern Rosatom, der das russische Atomwaffenprogramm betreibt. Dieses Rohstoff-Business stützt Putins Regime und spült fortlaufend Geld in seine Kriegskasse.

Deshalb haben wir Mitte April kurz entschlossen unter dem Motto «No oil, no gas, no war» eine Sensibilisierungskampagne lanciert. Rund 1000 Menschen haben einen Pin und Stickers bestellt und tragen so unseren gemeinsamen Protest in die ganze Schweiz hinaus. Die Kampagne war so erfolgreich, dass wir leider keine Bestellungen mehr entgegennehmen können.

Herzlich willkommen

Anna Schneider verstärkt seit Anfang Mai die Geschäftsstelle.



Die Aufgaben der SES wachsen, und mit ihnen wächst auch unser Team. Anfang Mai durften wir mit Anna Schneider das neueste Teammitglied begrüßen. Anna Schneider hat Human-geographie studiert und sich in diesem Zusammenhang mit Energiepolitik und ihren sozio-kulturellen und gesellschaftlichen Aspekten auseinandergesetzt.

Unter anderem hat sie die Atomkatastrophe in Tschernobyl und den Zusammenbruch der ehemaligen UdSSR untersucht. Anna Schneider wird als Programm-Mitarbeiterin unsere Social-Media-Strategie umsetzen und ganz allgemein unseren Bereich Öffentlichkeitsarbeit bei Kampagnen, Veranstaltungen und Projekten verstärken.



#dennwirlieben

Vor der Klimakonferenz in Paris 2015 haben viele Menschen in den sozialen Medien Liebesbotschaften ans Klima gepostet. Weshalb?

Weil leider alles, was wir lieben, vom Klimawandel bedroht ist. In meiner damaligen Rede an einem Aktionstag nahm ich drei Beispiele auf: #dennwirlieben Frieden, #dennwirlieben unsere Kinder, #dennwirlieben die Umwelt. Dass sechseinhalb Jahre später in Europa ein solch schrecklicher Krieg tobt, war für mich damals undenkbar. Was aber schon 2015 klar war: Verantwortungsvolle Klimapolitik ist auch Friedenspolitik. Und das kommt langsam auch im Bundeshaus an.

So ist in der Frühlingssession ein Einzelantrag für ein Förderprogramm für den Ersatz fossiler Heizungen zwar noch äusserst knapp gescheitert – dies im Rahmen der Beratung des direkten Gegenvorschlags zur Gletscherinitiative. Doch inzwischen ist der Mehrheit hoffentlich bewusst, wie wichtig es ist, möglichst rasch wegzukommen von Putins Gas. Nicht nur aus klimapolitischen Gründen, sondern auch für den Frieden. Statt dass wir jährlich 8 Milliarden Franken für Gas und Öl im Ausland ausgeben und damit den Ukraine-Krieg mitfinanzieren, investieren wir dieses Geld besser bei uns. Das sind wir unseren Kindern und Grosskindern schuldig, aber auch unserer Umwelt. Denn eine Schweiz ohne Gletscher ist schlicht unvorstellbar.

Dies wurde mir einmal mehr bewusst in den Osterferien in Grindelwald. Hoffentlich werden unsere Kinder das im Gletscher gespiegelte Abendrot dereinst selber noch sehen und sich nicht nur an wunderschöne Abendstimmungen im Gletscherdorf erinnern.

Nadine Masshardt, SES-Stiftungsratspräsidentin und SP-Nationalrätin, berichtet in loser Folge aus dem Bundeshaus.



Städte und Gemeinden müssten sich jetzt vom Erdgas verabschieden. Doch viele tun sich mit dieser Mammutaufgabe schwer – auch, weil das Gasgeschäft eine Cash Cow ist. Brisant: Selbst Städte und Gemeinden, die dem Gas abschwören, finanzieren die Lobby, die sich für den Erhalt der Netze einsetzt.



Sabina Galbiati
Freischaffende Journalistin

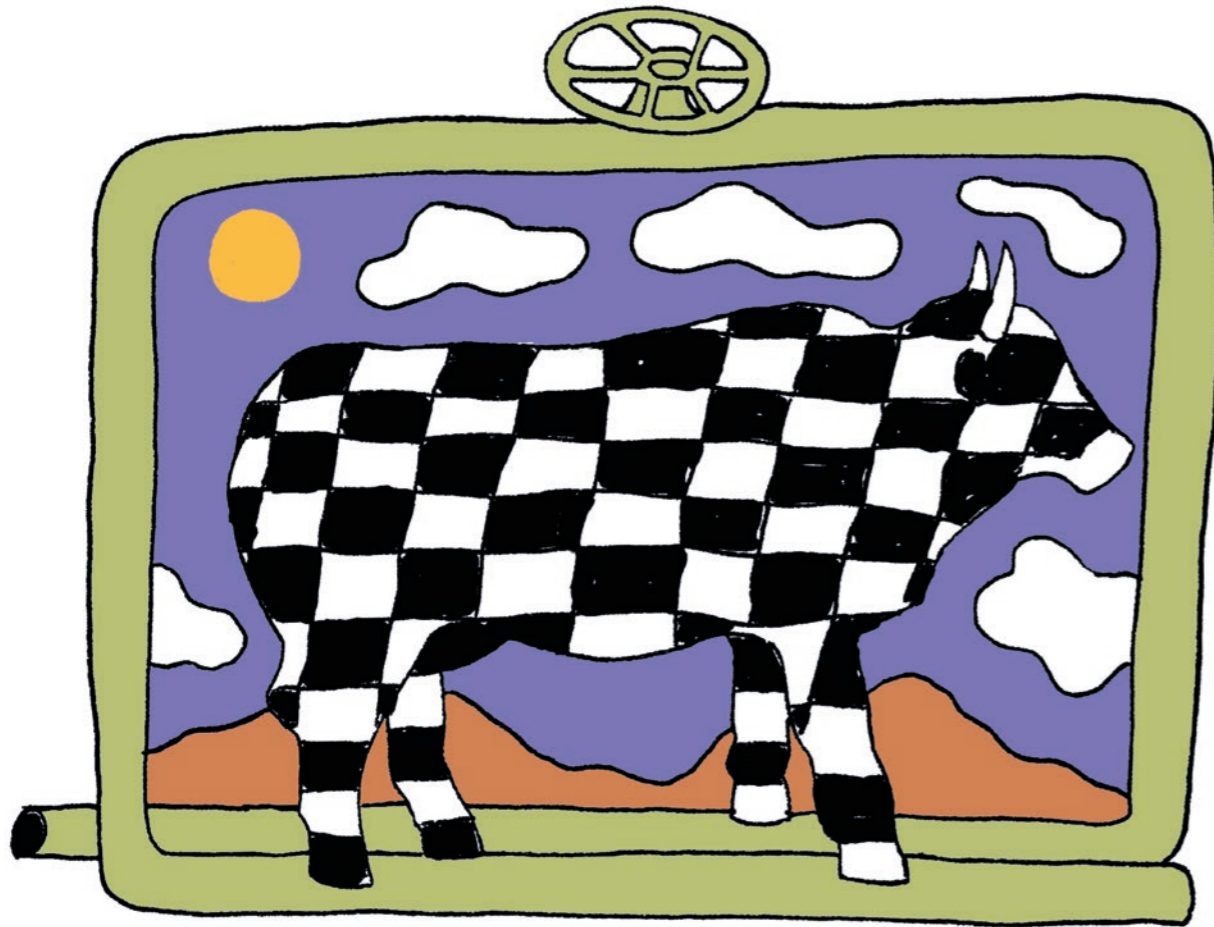
Der Krieg in der Ukraine und die Forderung «weg von russischem Öl und Gas» haben das Thema Erdgas von heute auf morgen ins Rampenlicht gerückt, nachdem es zumindest in der breiten Öffentlichkeit eher im Untergrund schlummerte, als wirklich im Klimabewusstsein präsent zu sein. Das Schweizer Gasnetz ist weitläufig – das gesamte Rohrleitungsnetz kommt auf eine Länge von über 20000 Kilometer. Erdgas macht rund 15 Prozent des Endenergieverbrauchs der Schweiz aus. Nach Erdölprodukten und Elektrizität ist es nach wie vor der dritt wichtigste Energieträger. Der Haken an der Sache liegt auf der Hand: Wir müssen wegkommen von fossilen Energieträgern und damit auch vom Erdgas. So erfordern es die

Klimaziele des Pariser Abkommens, so verlangen es die Netto-Null-Ziele des Bundes bis 2050. Doch das ist leichter gesagt als getan.

Die Cash Cow

Rund zwei Drittel des Erdgases werden in Privathaushalten und Dienstleistungsbetrieben verbraucht, wo es zum Heizen und für Warmwasser genutzt wird. Die kostspielige Infrastruktur besteht und will genutzt werden. Gasleitungen sind langlebig, ihre Nutzungsdauer beträgt 50 Jahre. Doch so alt sind viele Leitungen bei weitem nicht. Allein zwischen 2016 und 2018 ist das Gasverteilnetz um rund 500 km gewachsen. Das geht aus den Jahresstatistiken

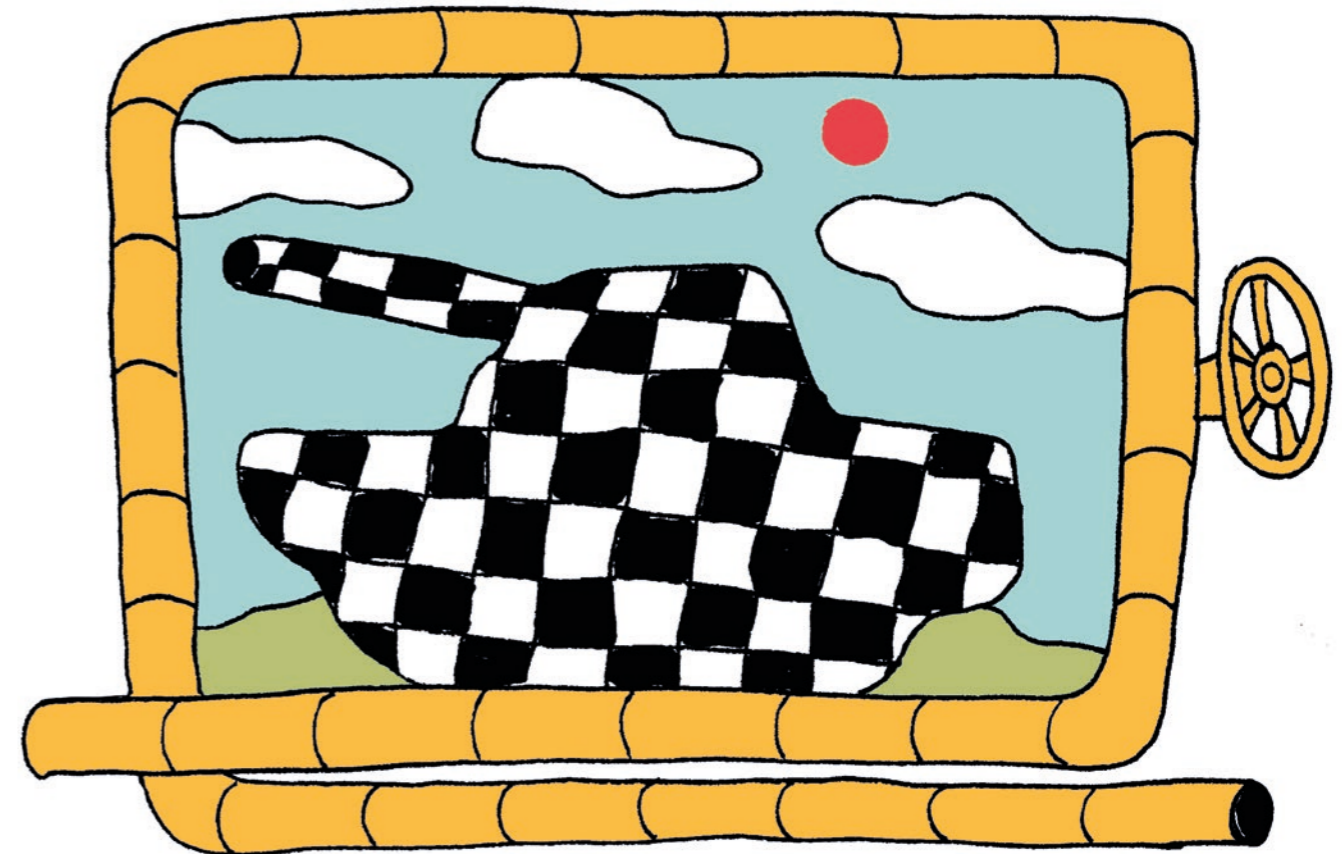
↙
Erdgas macht
rund 15 Prozent
des Endenergie-
verbrauchs der
Schweiz aus.



des Verbandes der Schweizerischen Gasindustrie VSG hervor. Man möchte fast sagen: kein Wunder. Denn mit Gas erzielen Städte und Gemeinden stattliche Gewinne. Die kommunalen Energieversorger verdienen mit Gas teils bis zu 60 bis 80 Prozent des Reingewinns, schätzen Branchenkenner. Das Gasgeschäft ist eine Cash Cow. Doch wie lange noch, ist fraglich. Denn seit die internationale Gasnachfrage nach der Pandemie gestiegen ist und kein Jahr später der Ukraine-Krieg begonnen hat, sind die Preise für Erdgas regelrecht durch die Decke geschossen. Ob aus wirtschaftlichen, ethischen oder Klimaschutzgründen: Jetzt wollen viele Kunden weg vom Gas. Die Nachfrage nach alternativen Lösungen wie Wärmepumpen, Holzpellettheizungen oder einem Anschluss an einen Wärmeverbund ist gemäss den Energiefachstellen so sehr gestiegen wie die Gaspreise.

In Kantonen, die ihr Energiegesetz verschärft haben, verstärkt sich die Nachfrage zusätzlich.

Für Energieexpert:innen auf kantonaler und nationaler Ebene ist die Situation eindeutig: Wer jetzt das Gasnetz noch ausbaut oder verdichtet, kann nur verlieren. Gemeinden sollten nun möglichst schnell wegkommen vom Gas. Jetzt ist der letzte Zeitpunkt, um ohne vermeidbare Verluste mit dem Ausstieg aus dem Gasnetz anzufangen und Wärmenetze aufzubauen, die wirtschaftlich betrieben werden können – so lautet der Tenor. Technische Lösungen liegen längst auf dem Tisch. Und doch: «Wir stellen fest, dass zahlreiche Gemeinden und Energieversorger zuwarten und auf die Lösung mit Biogas und erneuerbarem Gas hoffen», sagt Thomas Blindenbacher von der Fachstelle 2000-Watt-Gesellschaft Schweiz. «Selbst in Kantonen mit strengeren



Energiegesetzen ist dies zu beobachten», sagt er. Für die Gemeinden sei die Abkehr vom Gasnetz eine Mammutaufgabe hinsichtlich Planung, aber auch, was finanzielle Mittel und die Bereitstellung der Infrastruktur angehe, insbesondere da, wo Wärmenetze als Ersatz aufgebaut werden müssten.

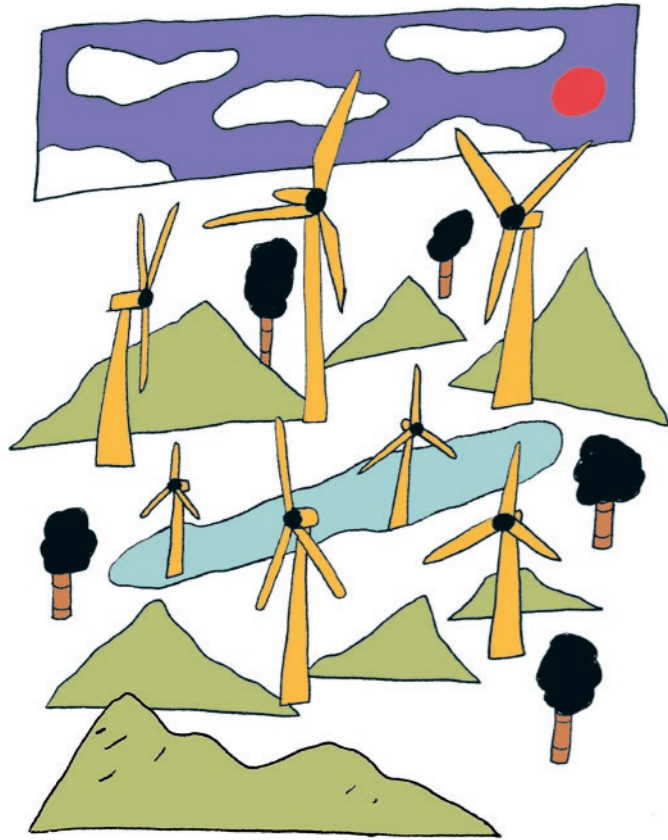
Die Mär vom grünen Gold

Einen weiteren Grund für das Zögern vieler Gemeinden sehen Energiefachleute und Politiker:innen bei der Gaslobby. Der Verband der Schweizer Gasindustrie VSG prognostiziert bis 2050 eine klimaneutrale Gasversorgung. Gelingen soll dies mit erneuerbaren Gasen. Dazu zählen Biogas sowie die Power-to-Gas-Lösungen Wasserstoff und synthetisches Methan. Bis 2030 soll der Anteil erneuerbaren Gases im

gasversorgten Wärmemarkt für Haushalte auf 30 Prozent gesteigert werden, bis 2040 der Anteil im Gesamtmarkt auf 50 Prozent – so heisst es in den «Thesen 2020 der Schweizer Gaswirtschaft». Die Thesen scheinen plausibel, doch unter Energieexpert:innen sind die formulierten Ziele des VSG höchst umstritten. Beim WWF sieht man in den Versprechen des Gasverbandes eine Irreführung der Kunden und Gemeinden. «Selbst wenn bis 2030 30 Prozent erneuerbares Gas im Wärmemarkt erreicht würden, wären immer noch 80 bis 90 Prozent des Gesamtverbrauchs fossilen Ursprungs», sagt Elmar Grosse Ruse, Klima- und Energieexperte beim WWF. Und das ist laut den Fachleuten nur einer der Kritikpunkte. «Die Thesen vermitteln, dass der heutige Gasverbrauch und das Gasnetz in diesem Rahmen weiterbetrieben werden und Erdgas einfach



Das Gasgeschäft ist eine Cash Cow. Neben den Energieversorgern profitieren aber auch autoritäre und kriegstreibende Regime.



durch erneuerbare Gase ersetzt werden kann», sagt etwa Jürg Rohrer, Professor und Leiter der Forschungsgruppe «Erneuerbare Energien» an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften. «Doch selbst wenn man das gesamte Potenzial an erneuerbaren Gasen aus inländischer Produktion und Import ausschöpft, lässt sich damit nur etwa ein Drittel des heutigen Verbrauchs decken», sagt er. Auch das Bundesamt für Energie (BFE) schätzt, dass Gas in der künftigen Energieversorgung der Schweiz eine untergeordnete Rolle spielen wird. «Bis 2050 wird sich der Gasabsatz in gemäss einer BFE-Studie je nach Szenario um 45 bis 85 Prozent reduzieren. Damit dürfte auch die Rentabilität der Gasnetze abnehmen», heisst es in der Einschätzung von 2019. Gemäss BFE könnten die klima- und energiepolitischen Zielsetzungen längerfristig nur erreicht werden, wenn auch der Erdgasverbrauch erheblich reduziert und die verbleibende Nachfrage so weit wie möglich mit erneuerbarem Gas gedeckt werde. Raumwärme und Warmwasser sollten – wo immer wirtschaftlich zumutbar –

aus erneuerbaren Energien, aus Abwärme oder über einen Anschluss an ein thermisches Netz erzeugt werden.

Léonore Hälg, Co-Leiterin Fachbereich Klima und erneuerbare Energien bei der SES, sagt: «Mit den existierenden erneuerbaren Technologien könnten Gasheizungen ersetzt und der Gasverbrauch um jene zwei Drittel reduziert werden, die man aktuell für Heizung und Warmwasser benötigt.» Das limitierte Potenzial für «grünes Gas» soll in Sektoren eingesetzt werden, die nicht so leicht dekarbonisiert werden könnten, etwa in der Industrie für Prozesswärme. «Der Gasverband sollte diesbezüglich mutiger sein und das entsprechend kommunizieren.»

Absurde Finanzierung von Lobbying

Dass der Gasverband Lobbying betreibt und nicht den Rückbau des Gasnetzes propagiert, liegt in der Natur der Sache, könnte man nun sagen. Doch dieses Lobbying wird letztlich durch die Mitgliederbeiträge der Energieversorger finanziert, welche teils mehrere 100 000 Franken jährlich zahlen – Energieversorger, die wiederum grösstenteils im Besitz von Städten und Gemeinden sind. «Das führt zu etwas vom Absurdesten, was die Schweiz zu bieten hat», sagt Jürg Rohrer, «So finanzieren Gemeinden und Städte, die vom Gas wegkommen wollen, Lobbyarbeit gegen ihre eigenen Klimaziele.»

Beim Gasverband will man die Kritik nicht stehen lassen. «Unser Auftritt und unsere Publikationen haben das Ziel, Lösungen dafür aufzuzeigen, wie das Netto-Null-Ziel mithilfe von erneuerbaren Gasen erreicht werden kann», sagt Thomas Hegglin, Mediensprecher des VSG. Es sei klar, dass das Gasnetz auf künftige Erfordernisse angepasst und an einzelnen Orten

« Bis 2050 wird sich der Gasabsatz in der Schweiz je nach Szenario um 45 bis 85 Prozent reduzieren. »

Bundesamt für Energie, 2019

auch zurückgebaut werde. «Das bestreiten wir nicht, doch wie und in welchem Umfang, das liegt in der Kompetenz der Gemeinden und Städte», sagt Hegglin. Es sei nicht die Aufgabe des Verbandes, Stilllegungen zu forcieren, sondern als Dienstleistungsorganisation den Mitgliedern ein breites Angebot an klimaneutralen Lösungen aufzuzeigen.

Zumindest bei den Grünen und teils auch weiteren Fraktionen vieler städtischer Parlamente ist der VSG längst zum Traktandum geworden. In Olten, Luzern, Schaffhausen, Zürich, Winterthur, Thun und Basel gab es Vorstösse, welche die Lobbyarbeit hinterfragten oder gar darauf abzielten, dass die städtischen Energieunternehmen aus dem Verband austreten. Der Grund: Die städtischen Energieversorger sollten mit ihren Mitgliederbeiträgen nicht indirekt das Lobbying finanzieren, welches die nationalen oder städtischen Klimaziele torpediere. Erst im vergangenen September hat das Winterthurer Stadtparlament den Antrag auf Kündigung der Mitgliedschaft im

« Wer jetzt das Gasnetz noch ausbaut oder verdichtet, kann nur verlieren. »

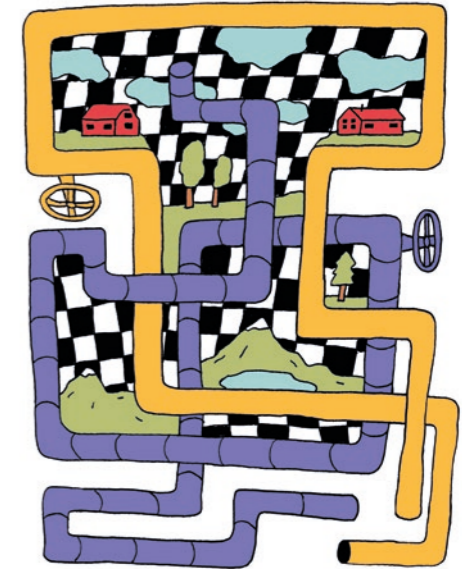
So der Tenor bei Energieexpert:innen auf kantonaler und nationaler Ebene.

VSG der Stadtwerke an den Stadtrat überwiesen. Im Vorstoss heisst es: «Die Netto-Null CO₂-Strategie von Stadtwerke Winterthur bezüglich des künftigen Gasnetzes in Winterthur passt nicht mehr zur Stossrichtung und den Interessen des VSG.» Dies betreffe insbesondere die Reduktion des Gasverbrauchs auf einen Drittel des heutigen Bedarfs sowie die primäre Fokussierung auf die industrielle Nutzung. Der VSG bekenne sich zwar zu den Netto-Null-Zielen des Bundes, sehe aber weiterhin eine Steigerung des Gasabsatzes und wachsende Netze vor.

Für die Aussagen im Vorstoss hat Hegglin kein Verständnis: «Wir sehen sicher keinen Ausbau vor, sondern unser Ziel ist die Dekarbonisierung der Gasversorgung.» Eine Ausbaustrategie sei unter den heutigen Voraussetzungen nicht vorgesehen. «Aber in der Weiterentwicklung neuer Technologien wie Power-to-Gas und der Förderung von grünem Wasserstoff tut sich aktuell enorm viel in Europa. Die Schweiz sollte da aktiv dranhängen und das wiederum sehen wir als eine unserer Aufgaben: diese Entwicklungen voranzutreiben.»

Ob die Stadtwerke Winterthur die Mitgliedschaft kündigen? Bis der politische Entscheid gefällt sei, könne man diesbezüglich keine Aussage machen – das schreiben die Stadtwerke auf Anfrage.

Die Industriellen Werke Basel (IWB), eines der bisher grössten Mitglieder des Gasverbandes, sind Ende 2021 aus dem VSG ausgestiegen –



ein Unternehmensentscheid der IWB, weil sich die strategische Ausrichtung nur noch bedingt mit jener des Verbandes deckt. «Unsere Strategie ist ganz klar auf eine zügige Dekarbonisierung der Wärmeversorgung in den nächsten 15 Jahren ausgerichtet», sagt der IWB-Mediensprecher Erik Rummer. Alternative Lösungen wie Biogas und andere erneuerbare Gase seien mit grossen Unsicherheiten behaftet, insbesondere in Bezug auf die Verfügbarkeit in den kommenden Jahren, aber auch in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit.

Immerhin: Der Gas-Peak scheint erreicht zu sein. Seit 2018 sei das Gasnetz gemäss VSG kaum mehr gewachsen. Doch wie rasch sich die Gemeinden von der Cash Cow trennen werden, wird sich erst noch zeigen.

Die Illustrationen zu diesem Artikel wurden vom Moskauer Künstler und Illustrator Sasha Marshani realisiert.

Aus Angst vor dem Krieg in der Ukraine sowie aus politischen und ethischen Gründen verliess Marshani Anfang März zusammen mit seiner Freundin Russland. Die beiden reisten nach Istanbul und von dort nach Tiflis (Georgien) weiter, wo sie derzeit leben.

→ [instagram.com/sasha_marshani](https://www.instagram.com/sasha_marshani)

Wir müssen wegkommen von fossilen Energieträgern und damit auch vom Erdgas.

Das Schweizer Gasnetz ist weitläufig und bis vor kurzem noch gewachsen.

Die Schweiz lebt auf Pump

Die Schweiz feierte am 12. April den Energie-Unabhängigkeitstag 2022. Bis zu diesem Tag reichten die einheimischen Ressourcen, um den Energiebedarf der Schweiz zu decken.



Léonore Hälg
Co-Leiterin Fachbereich Klima und erneuerbare Energien

Seither sind wir auf importierte Energieträger angewiesen. Denn die Energieversorgung der Schweiz ist geprägt durch eine hohe Auslandabhängigkeit. Rund drei Viertel unserer Energie werden eingeführt. Dazu gehören alle Erdölprodukte, Erdgas sowie die Kernbrennstoffe. Für den Import überweisen wir im Durchschnitt jährlich 10 Milliarden Franken ins Ausland. Dass der Energie-Unabhängigkeitstag 2022 im April stattfindet, unterstreicht diese Auslandabhängigkeit.

Die Energieunabhängigkeit der Schweiz ist in den letzten 20 Jahren zwar stetig gestiegen. Der Vergleich der Energieunabhängigkeit verschiedener europäischer Länder platziert die Schweiz im Jahr 2020 jedoch zusammen mit Ländern wie Italien und Belgien im hinteren Mittelfeld. Dass eine hohe Energieunabhängigkeit möglich ist, zeigt etwa Island, das fast 90 Prozent des Energiebedarfs selber deckt.

Klimafreundliche Energie steigert auch die Unabhängigkeit

Die Erreichung der Klimaziele bedingt den Ersatz fossiler Energieträger durch erneuerbare sowie das vermehrte Ausnutzen von Energiesparpotenzialen. Dies wird die Abhängigkeit von Energieimporten wesentlich verringern. Dazu müssen die inländischen Stromproduktionskapazitäten drastisch ausgebaut werden. Die Berechnungen zeigen, dass die Dekarbonisierung des Gebäude- und Mobilitätssektors sowie auch der Atomausstieg wesentlich zur Energieunabhängigkeit beitragen werden.

Energieunabhängigkeit im internationalen Vergleich

Estland	89,5	22. November
Island	87,8	16. November
Rumänien	71,8	19. September
Serbien	70,2	13. September
Schweden	66,5	26. August
Tschechien	61,1	11. August
Finnland	58,0	30. Juli
Polen	57,2	27. Juli
Frankreich	55,5	21. Juli
Dänemark	55,1	20. Juli
Slowenien	54,2	16. Juli
Slowakei	43,7	8. Juni
Österreich	41,7	1. Juni
Deutschland	36,3	12. Mai
Portugal	34,7	6. Mai
Spanien	32,1	27. April
Niederlande	31,9	26. April
Schweiz	28,1	12. April
Italien	26,6	13. Dezember
Belgien	22,0	21. März
Griechenland	18,6	8. März
Luxemburg	7,5	28. Januar
Zypern	6,9	26. Januar
Malta	2,4	9. Januar

Energieunabhängigkeitsquote in Prozent und Energieunabhängigkeitstag in ausgewählten europäischen Staaten, 2020

Studie

Energie-Unabhängigkeitstag 2022

Der Energie-Unabhängigkeitstag steht sinnbildlich für die Auslandabhängigkeit in Sachen Energieversorgung. Die Berechnung dieses Tages gibt den Zeitpunkt im Jahr an, bis zu dem die inländische Energieproduktion aufgebraucht ist. Ab dann ist die Schweiz auf Importe angewiesen.



→ **Zur Studie**
www.energiestiftung.ch/studien

Fünf Jahre Energiestrategie – wo stehen wir?

Vielleicht wird der Krieg in der Ukraine nicht nur als geopolitische, sondern auch als energiepolitische Zeitenwende in Erinnerung bleiben.



Nils Epprecht
Geschäftsleiter

Der Krieg als Zeitpunkt, an dem der Ausstieg aus den fossilen Energiequellen mehrheitsfähig wurde. Die letzte energiepolitische Zeitenwende der Schweiz ist genau fünf Jahre her. Am 21. Mai 2017 sagte die Schweizer Bevölkerung mit fast 60 Prozent Ja zu einer ökologischen Transformation, der Energiestrategie 2050. In einem White Paper macht die SES einen Rück- und einen Ausblick: Wo steht die Energiewende?

Die Ziele der Energiestrategie für das Jahr 2020 wurden allesamt erreicht: Rückgang des Energieverbrauchs um 12 Prozent (bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstum von 20 Prozent) gegenüber dem Jahr 2000, Ausbau der erneuerbaren Energien um fast 5 Terawattstunden, wobei der Ausbau von Wind- und Wasserkraft sowie Geothermie unter den Erwartungen blieb, jener von Solarenergie dafür viel höher ausfiel. Dazu die Stilllegung eines Schweizer AKW.

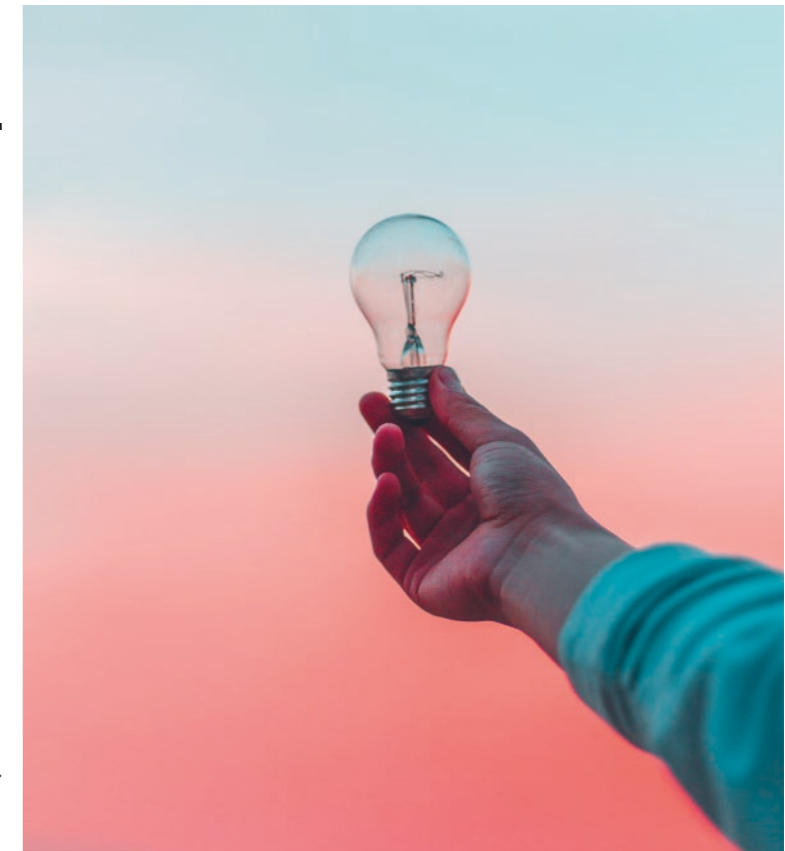
White Paper

5 Jahre Energiestrategie

Das White Paper zeigt, dass die Energiestrategie basierend auf den ersten Erfolgen unbedingt fortgeführt werden muss. Um zeitgemässen Ansprüchen an eine nachhaltige Energieversorgung zu genügen, sind jedoch höhere, aber auch vielfältigere Zielsetzungen nötig.



→ **Zum White Paper**
www.energiestiftung.ch/studien



Bereits 2017 kritisierte die SES, dass die Ziele zu wenig ambitioniert seien und «im Schlafwagen» erreicht würden. Die Stilllegung des AKW Mühleberg wurde zudem schon 2013 beschlossen. Doch 2017 ging Bundesbern noch davon aus, dass rund die Hälfte des Atomstroms durch Importe wettgemacht werden könne und beim Klimawandel noch viel Zeit bliebe. Mittlerweile ist klar, dass die Erderwärmung maximal 1,5°C betragen darf, wenn irreversible Schäden ausbleiben sollen. Mit einem gescheiterten EU-Rahmenabkommen und mit einer Gaskrise, die Energieimporte schwierig und teuer machen, rechnete niemand. Doch die Energiestrategie hat weitere blinde Flecken, die zunehmend zum Problem werden: Der Energieverbrauch, den Schweizer:innen über Produktimporte im Ausland verursachen, steigt stetig an. Der Schutz der Artenvielfalt droht zunehmend unter die Räder zu kommen, die Risiken eines Atomunfalls verlängern sich und Massnahmen, die die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung langfristig erhalten, gibt es kaum.

Im White Paper empfiehlt die SES der Politik, sich auf drei Handlungsstrategien zu konzentrieren:

- mit der eingeleiteten Solarifizierung durchstarten
- Instrumente implementieren, die den Ausstieg aus den fossilen und nuklearen Energiequellen adressieren, terminieren und sozial- und wirtschaftspolitisch abfedern
- auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene Anreize schaffen, die dazu beitragen, den Energieverbrauch strukturell zu vermindern (Verkehr, Raum- und Ortsplanung, Wohnen, Konsum usw.)

Save the Date

Atomkraft am Kipp-Punkt

Klimakrise, Krieg und Knappheit in der AKW-Debatte

Die EU will Investitionen in Atomenergie vorübergehend als nachhaltig taxieren. Der Krieg in der Ukraine führt nebst einer menschlichen und politischen Katastrophe auch eine Energiekrise herbei. In der Schweiz wird das AKW-Neubauverbot angegriffen. Wohin kippt die Atomdebatte? Werden AKW tatsächlich wieder salonfähig oder drängt der Ausstieg mehr denn je?

Kurzreferate geben einen Einblick in die Atompolitik Frankreichs, Deutschlands und der Schweiz, bevor Sonja Hasler mit namhaften Diskutant:innen die Zukunft einer sicheren Energieversorgung erörtert.

**Freitag,
24. Juni 2022,
Halle 7, Basel**

Programm

14.00–15.00 Uhr

**Kurzreferate zur Atomdebatte
in Frankreich, Deutschland und
der Schweiz**

15.30–16.45 Uhr

**Kurzreferate und Politpodium
zur (Versorgungs-)Sicherheit mit
oder ohne AKW**

Anschliessend Apéro



**Detailprogramm und
Anmeldung**

Unterstützen

Spenden für eine erneuerbare Zukunft

Mit Kampagnen und Aktionen wie NO OIL, NO GAS, NO WAR oder dem offenen Brief für echte Energieunabhängigkeit wollen wir eine breite Öffentlichkeit für die Abkehr von fossilen und nuklearen Energieträgern sensibilisieren. Ihre Spende ermöglicht uns diese Arbeit. Herzlichen Dank!

Was wir tun:

Informieren

Die SES liefert den Medien wichtiges Hintergrundwissen, wendet sich mit Veranstaltungen und Publikationen an interessierte Kreise und sensibilisiert die Öffentlichkeit für die Problematik von fossiler und atomarer Energie.

Forschen

Die SES erarbeitet Grundlagen und Positionen zu Energiethemen und gibt externe Studien in Auftrag, die bei Behörden, politischen Instanzen und in den Medien Beachtung finden.

Lobbyieren

Wir führen den Dialog mit der Bundesverwaltung und der Energiewirtschaft, nutzen unsere Kontakte zu Politiker:innen und unterstützen parlamentarische Vorstösse.



Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!